

# Stellungnahme

November 2023

## ITK-Investitionen durch wettbewerbsfähige Strompreise sichern

### Hintergrund

Innerhalb der Bundesregierung hat man sich auf ein Strompreispaket verständigt, mit dem in den nächsten 5 Jahren besonders energieintensive Unternehmen sowie das gesamte produzierende Gewerbe massiv entlastet werden. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie angesichts enorm gestiegener Strompreise zu sichern. So soll eine Absenkung der Stromsteuer für die Jahre 2024 und 2025 auf den unionsrechtlichen Mindestwert von 0,05 ct/kWh; eine Verlängerung der Strompreiskompensation im Klima- und Transformationsfonds und der Wegfall des Selbstbehalts erfolgen. Das Bundesministerium der Finanzen entwirft nun die Gesetzesvorlage und will unverzüglich die entsprechenden Bundestagsbeschlüsse einbringen.

### Problem

Die geplante Entlastung der deutschen Industrie ist ein richtiger und notwendiger Schritt zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Aber: Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) werden bislang in der Debatte weitgehend ausgeblendet, obwohl sie die Grundvoraussetzungen unserer digitalen Gesellschaft schaffen. Von den aktuellen Beschlüssen sind sie dennoch nicht erfasst: Die Branche zählt nicht zum klassischen produzierenden Gewerbe und fällt nicht in die politisch gesetzte Definition für energieintensive Unternehmen. Dabei werden Rechenzentren an anderer Stelle, nämlich im kürzlich verabschiedeten Energieeffizienzgesetz, aufgrund ihrer Energieintensivität besonders strenge Energieeffizienzvorgaben auferlegt. Hier darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

Denn auch die IKT-Branche von den hohen Stromkosten extrem stark belastet, wobei sie mit ihren Angeboten nicht nur essentielle Dienste für Verbraucherinnen und Verbraucher produziert, sondern auch die elementare „Rohstoffe“ für die Industrie unserer Zeit. Große IKT-Unternehmen sind wegen der zu unterhaltenden Infrastrukturen ähnlich energieintensiv wie die in der Entlastung vorgesehenen Branchen, beispielsweise Stahl- oder Aluminiumhersteller. Daher gefährden hohe Strompreise auch dort Standorte, Investitionen und Arbeitsplätze.

Ohne Strompreisentlastungen ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Digitalindustrie erheblich beeinträchtigt und sind die Bestrebungen nach digitaler Souveränität massiv belastet. Die Ziele der Digitalstrategie der Bundesregierung ließen sich so nicht mehr umsetzen: Investitionen zur Verbesserung der Qualität und Resilienz der Netze wären gefährdet. Digitale Infrastrukturen wie Rechenzentren würden sich ins Ausland wegverlagern. Dadurch besteht die Gefahr, dass Deutschland bei Zukunftstechnologien wie KI oder Quantencomputing, die besonders energieintensiv sind, den Anschluss verliert und somit eine Vorreiterrolle bei der Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts verpasst.

Rückläufige Investitionen im Bereich IKT würden zudem die Energiewende und Klimaziele der Bundesregierung konterkarieren, da die Digitalisierung ein wesentlicher Baustein dieser Vorhaben ist. Für den Umbau der Energieversorgung auf dem Weg zur Klimaneutralität sind erhebliche Investitionen in die digitale Infrastruktur nötig.

## Lösung

Einen Rückgang von Digitalinvestitionen durch zu hohe Strompreise gilt es unbedingt zu vermeiden. Deshalb sollte auch die IKT-Branche – als Maschinenraum der Digitalisierung – bei der Stromsteuer entlastet werden. Das würde Spielraum für zusätzliche Investitionen in dringend nötige digitale Infrastrukturen wie Telekommunikationsnetze oder Rechenzentren und in noch größere Energieeffizienz schaffen bzw. erhalten.

Die geplante Stromsteuersenkung für das produzierende Gewerbe muss auf IKT-Unternehmen ausgeweitet werden. Dies könnte mit einem klaren Bezug auf den Stromverbrauch der digitalen Infrastruktur erfolgen. Der Stromverbrauch für den Netzbetrieb und Betrieb von Rechenzentren kann von Stromverbräuchen im Querschnitt, wie z. B. die Stromversorgung von Gebäuden, technisch separiert werden. Auf diese Weise ist eine gezielte Entlastung für IKT-Unternehmen möglich.

Eine entsprechende Regelung würde sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Umsetzung der Digital- und Klimaziele auswirken. Sie wäre daher ebenso sinnvoll und notwendig, wie die bislang angedachten Strompreis-Entlastungen für die deutsche Industrie.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

### Herausgeber

Bitkom e.V.  
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

### Ansprechpartner

Nick Kriegeskotte  
Leiter Infrastruktur & Regulierung  
T 030 27576-224  
n.kriegeskotte@bitkom.org

Kilian Wagner  
Referent für nachhaltige digitale  
Infrastrukturen  
T 030 27576-285  
k.wagner@bitkom.org

### Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Telekommunikationspolitik  
AK Rechenzentren

### Copyright

Bitkom 2023